

Streit um Internationale Jugendbegegnungsstätte in Dachau

SZ/Dachauer Neueste, 23.3.87

CSU Dachau fordert „nationale Lösung“

Jugendbegegnungsstätte nach München, Berlin oder Nürnberg

Georg Englhard gegen „Kainszeichen“ für nachfolgende Generationen

Dachau – Eine Internationale Jugendbegegnungsstätte in Dachau kommt nicht in Frage, wenn es nach der Dachauer CSU geht. In diesem Punkt demonstrierte die örtliche Parteiführung bei der Mitgliederversammlung am Freitagabend große Geschlossenheit. Ortsvorsitzender Georg Englhard bekräftigte nochmals seine ablehnende Haltung zu dem Projekt, das auch den Dachauern nachfolgender Generationen das „Kainszeichen“ aufdrücken würde. Die Vergangenheitsbewältigung sei zudem eine nationale und keine Dachauer Aufgabe. Dieser Meinung schloß sich Manfred Probst, der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, an und schlug für den Standort der Jugendbegegnungsstätte eine „nationale Lösung“ vor: Sie sollte in München, der „Stadt der Bewegung“, in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin oder in Nürnberg errichtet werden.

Bei seinen Äußerungen zur Jugendbegegnungsstätte wich Englhard von seinem vorab verteilten Redetext ab. Er betonte, daß er als Vorsitzender und Sprecher des CSU-Arbeitskreises „Für Dachau“, der das Gegenstück zum Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte darstelle, „die Meinung der gesamten CSU in Stadt und Kreis Dachau“ und darüber hinaus „die Meinung der überwiegenden Mehrheit der gesamten Bevölkerung“ vertrete. Gegen eine Jugendbegegnungsstätte in Dachau sei man, so Englhard, weil die Vergangenheitsbewältigung eine nationale und keine Dachauer Aufgabe sei und weil sie „nicht nur“ einen unmittelbaren Zusammenhang mit der KZ-Gedenkstätte habe. Zudem werde der Wunsch nach einer Jugendbegegnungsstätte, die Englhard durchgängig als „Vergangenheitsbewältigungsstätte“ bezeichnete, „von außen“ an die Stadt herangetragen, die Dachauer Bürger selbst wollten sie nicht. Und schließlich habe man Befürchtungen, daß ein solches Projekt „weitere Einrichtungen“, etwa für Sinti und Roma, nach sich ziehen könnte.

Das „moralische Recht auf Widerstand“ gegen

eine „Vergangenheitsbewältigungsstätte“, erklärte Englhard, „leiten wir ab von dem Widerstandsrecht unserer Eltern, die Häftlingen geholfen haben“. Als „Skandal“ bezeichnete er es, daß diese Hilfeleistungen in der Gedenkstätte nicht dokumentiert seien. Die CSU überlege sich, hier einen Referenten einzusetzen, der sich „um diese Mißstände kümmert“.

Bis die Stadt Dachau als Standort für die Jugendbegegnungsstätte aus dem Gespräch ist, will die CSU nach Englhard's Worten in Zukunft ihre Zustimmung verweigern, wenn wieder ein Zeltplatz für das jeden Sommer stattfindende Jugendbegegnungs-Zeltlager gesucht wird. Für 1987 allerdings hat der Hauptausschuß des Stadtrats schon die Bereitstellung eines städtischen Grundstücks für das Zeltlager genehmigt. Auch einige Mitglieder der CSU hatten dafür gestimmt (wir berichteten).

In seinem Grußwort betonte Manfred Probst, der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, aber nachdrücklich, daß sich die CSU in der Frage der Jugendbegegnungsstätte entgegen anderslautenden Zeitungsberichten „total einig“ sei: „Die Partei spricht mit einer Zunge.“ Es sei den Dachauer Bürgern „beim besten Willen nicht zuzumuten“, daß durch die Jugendbegegnungsstätte zwischen ihrer Stadt und einer allgemeinen Schuld eine Verbindung gezogen werde. „Wir werden uns mit aller Kraft zur Wehr setzen, bis zum letzten

Blutstropfen“, sagte Probst. Die einzige Lösung sei es, eine solche Stätte in München, Nürnberg oder Berlin einzurichten.

Der Landtagsabgeordnete und CSU-Kreisvorsitzende Herbert Huber berichtete in seiner Grußadresse an die Ortsversammlung von einer Diskussion im Landtag zum Thema Jugendbegegnungsstätte. Kultusminister Hans Zehetmeier und der CSU-Fraktionsvorsitzende Gerold Tandler hätten dabei ihre Offenheit in der Standortfrage betont. Zehetmeier habe deutlich gemacht, „daß die kleine Stadt Dachau, die in der Vergangenheit sehr viel ertragen hat, nicht Standort werden muß“. Huber fügte hinzu, es sei die einhellige Meinung gewesen, „daß wir uns nicht aus der Verantwortung wegstellen“.

Ulrike Steinbacher

Bekenntnis zu KZ-Gedenkstätten

Heilsbronn (dpa)

Die KZ-Gedenkstätten als eindringliche Mahnmale der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen erfüllten ihre Aufgabe lebendiger politischer Bildung auf eindrucksvolle Weise und fördern damit offenbar auch wachsende Anerkennung. Diesen Eindruck vermittelte der bayerische Kultusstaatssekretär Hans Maurer im mittelfränkischen Heilsbronn zum Abschluß einer zweitägigen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema „Gefährliche Geschichte“. Im Grunde gebe es um die Arbeit der Gedenkstätten keinen Streit, betonte Maurer. Politische Auseinandersetzungen hätten sich immer nur dann entzündet, wenn es darum gegangen sei, ob überhaupt, an welchem Ort und in welcher Gestalt eine Gedenkstätte errichtet werden sollte und ob etwa, wie jetzt im Fall Dachau, diskutiert werde, weitere Einrichtungen hinzukommen sollten. Die durch die Gedenkstätten verkörperte Mahnung sei es offenbar, die bei der in der Nähe wohnenden Bevölkerung eine rational oft kaum erklärbare Abwehrhaltung hervorriefen. Bollwerke gegen neue rechte Strömungen in der Bundesrepublik sollen die Gedenkstätten nach Auffassung des Gedenkstätten-Referenten der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Thomas Lutz aus Berlin, sein.